

Schutz für die Schwächsten

Je größer die Unterkunft, desto größer das Konfliktpotenzial. Auf unsere Forderung für eine **bessere psychosoziale Versorgung** hat die Regierung zumindest mit mehr SozialarbeiterInnen reagiert. Viele Fachleute und Verbände unterstützen auch unsere Initiative für einen besseren **Schutz besonders gefährdeter Flüchtlinge** in den Unterkünften wie allein reisende Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen, Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle (LSBTI). Für die in Brandenburg ankommenden **unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge** haben wir rechtzeitig und erfolgreich ausreichend spezielle Betreuungseinrichtungen eingefordert. Einheitliche „Clearingstandards“ z. B. für die Altersfeststellung der Jugendlichen stehen aber noch aus.

Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund sind zunehmend Zielscheibe von Rassismus und rechtsmotivierter Gewalt. Weil sich die Zahl rechter Gewaltstraftaten 2015 fast verdoppelt hat, die Aufklärungsquote aber sinkt, forderten wir ein **Bleiberecht für die Opferzeugen** dieser Taten – mit Erfolg. Unsere Fraktion hat zudem ein **Anti-Diskriminierungsgesetz** auf den Tisch gelegt: Menschen können sich dann nicht nur gegen VermieterInnen oder ArbeitgeberInnen wehren, bei denen sie wegen ihrer Religion, Nationalität oder Hautfarbe den Kürzeren gezogen haben, sondern auch gegen Diskriminierungen in Behörden, bei der Polizei oder in Schulen.

Was wir fordern:

- Sprachkurse für alle Asylsuchenden
- Durchsetzung der Schulpflicht
- Geflüchtete Lehrkräfte qualifizieren
- Landesintegrationsgesetz für echte Teilhabe
- Unterbringung in Wohnungen stärker fördern
- Schutz besonders gefährdeter Flüchtlinge
- Anti-Diskriminierungsgesetz

Was wir tun:

- „Vom Willkommen zum Bleiben“ – Fachgespräche zur Willkommenskultur und zur Arbeitsmarktintegration
- „Deine, meine, unsere Kommune“ – Veranstaltungsreihe zur Integration vor Ort
- Unser Gesetzentwurf für ein Anti-Diskriminierungsgesetz
- Unsere Parlamentsanträge u. a. zum Schutz besonders gefährdeter Flüchtlinge, für eine bessere psychosoziale Versorgung Geflüchteter, ein Bleiberecht für Opfer rechter Straftaten, zum Schutz unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge
- Unsere Kleinen Anfragen im Landtag, u. a. zu Sprachkursen
- Flüchtlingspolitischer Newsletter der Fraktion

Alle Infos unter:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/asyl

Ihre Abgeordneten zum Thema:



Ursula Nonnemacher,
innen- und sozialpolitische Sprecherin
ursula.nonnemacher@gruene-fraktion.brandenburg.de



Marie Luise von Halem,
bildungs- und wissenschaftspolitische Sprecherin
ml.halem@gruene-fraktion.brandenburg.de

Impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Tel. 0331 – 966-1700
info@gruene-fraktion.brandenburg.de
www.gruene-fraktion-brandenburg.de

INTEGRATION FÜR ALLE VON ANFANG AN



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag, Alter Markt 1, 14467 Potsdam
1. Auflage Juli 2016 • Fotos: innen links: J. Raßmann/Fraktion; sonst: privat

Vom Kommen zum Bleiben

2015 sind so viele Menschen wie nie zuvor vor Kriegen und Verfolgung nach Brandenburg geflüchtet. Bald 26.000 von ihnen sind in unseren Städten und Dörfern angekommen. Die Programme und Projekte der Landesregierung für die Integration vor Ort allerdings kommen teilweise spät oder überhaupt noch nicht in den Kommunen an: flächendeckende Sprachkurse oder die Gesundheitskarte, Kita- und Schulplätze oder Arbeitsmöglichkeiten. Das entmutigt die Geflüchteten – aber auch die BrandenburgerInnen, die sie mit offenen Armen und den besten Absichten aufnehmen. Damit aus Flüchtlingen NachbarInnen, KollegInnen und KitafreundInnen werden, fordert unsere bündnisgrüne Fraktion die **Integration für alle vom ersten Tag an** – für Kinder wie für Erwachsene; in Gemeinschaftsunterkünften, aber auch in der Erstaufnahme; unabhängig von Herkunftsland und Bleibeperspektive. Ihre echte Teilhabe an unserer Gesellschaft ist eine Chance für Brandenburg, aber kein Selbstläufer.

Sprache: Noch ohne Kurs

Trotz der Deutschklassen, die das Land Brandenburg zusätzlich zu den Integrationskursen des Bundes anbietet, gehen immer noch zu viele Asylsuchende leer aus – das versperrt nicht nur den Weg in unsere Gesellschaft, sondern schürt auch Konflikte in den Unterkünften. Wir wollen **Integrationsangebote für alle Geflüchteten**. Weil auch viele Menschen ohne die sogenannte hohe Bleibewahrscheinlichkeit bleiben werden, manche nicht abgeschoben werden können. Die lange Zeit der Asylverfahren wollen wir für Integration nutzen statt sie zu vergeuden.

Mancherorts bleiben Kursplätze aber auch leer, weil Strukturen und Kommunikation vor Ort fehlen. Informationen zu Kita- und Schulplätzen, Asylverfahren und Wohnungen, Kursen und finanziellen Hilfen, ärztlicher Versorgung und Arbeit müssen aus einer Hand kommen. Diese Angebote gehören auch in ein Landesintegrationsgesetz. Das soll, so fordert unsere Fraktion, die interkulturellen Kompetenzen in Verwaltungen, Arztpraxen oder Schulen fördern und für mehr MigrantInnen im öffentlichen Dienst sorgen – statt vordergründig auf Sanktionen zu setzen.

Das A und O: Arbeit und Orientierung

Nichtstun dequalifiziert – Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Das Armutsrisiko bei MigrantInnen ist jedoch dreimal höher – lange Wege in Arbeit können wir uns auch da nicht leisten. Im Ausland erworbene **formale und nicht-formale berufliche Qualifikationen** müssen schneller anerkannt werden. Wir schlagen vor, viel mehr Jugendlichen über das Freiwillige Ökologische oder Soziale Jahr Orientierung in unserem Alltag und für die Berufswahl zu geben.

Schule: Keine Kinder 2. Klasse

Die gesetzliche Schulpflicht und damit ein Schulbesuchsrecht gilt auch für alle Flüchtlingskinder. Für die Anmeldung in den Schulen brauchen die Eltern die Hilfe der SozialarbeiterInnen vor Ort. Mancherorts fehlen Schulplätze, da muss Rot-Rot auch mehr auf die Freien Schulen zugehen und sie endlich gleichberechtigt behandeln. Mit der von uns immer wieder eingeforderten **Inklusion** – mit individueller Förderung und mehr Personal – gelänge

auch die Integration von Flüchtlingskindern in Schulen und Kitas besser. Und statt Geflüchtete in einen passiven Wartemodus zu versetzen, sollten wir ihre Qualifikationen nutzen. Wie die Universität Potsdam, die Flüchtlinge mit Lehrberuf für das Unterrichten in Brandenburg fit macht. Wir brauchen mehr solche Programme, die **an die vorhandenen Fähigkeiten der Flüchtlinge anknüpfen**. Mehr Plätze, dezentrale Beratung und eine BAföG-Berechtigung wollen wir ebenso für die Asylsuchenden, die ein Studium hier beginnen oder fortsetzen wollen.

Wohnen: Mehr als ein Dach über dem Kopf

Geflüchtete sind in Wohnungen besser untergebracht als in großen Gemeinschaftsunterkünften, haben engeren Kontakt zu Einheimischen, lernen schneller unsere Sprache, Kultur und Werte. Kommunen sollten deshalb **mehr Geld für Wohnungen als für Gemeinschaftsunterkünfte** erhalten. Obwohl in vielen Brandenburger Orten Wohnungen leer stehen, leben heute drei Viertel aller Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften, die nicht einmal städtebaulich integriert sein müssen und weit mehr als 100 BewohnerInnen beherbergen dürfen.



Der 25-jährige Somalier hatte Glück: einen umtriebigen, hervorragend vernetzten Betreuer im Fürstenwalder Flüchtlingsheim, der ihm gleich Deutschstunden am Wochenende und ein Praktikum unter der Woche besorgte – danach bekam Mohammed A. einen Ausbildungsvertrag.

Huzayfa K., 30-jähriger Business Manager aus Syrien, bekam nach einem Jahr Asyl und dann erst den Integrationskurs. Bevor er sich mit einem weiteren Sprachkurs für das Studium qualifizieren darf, muss er dem Jobcenter belegen, dass er drei Monate lang keine Arbeit findet.



Farok aus Pakistan flüchtete als 16-Jähriger nach Deutschland und ist jetzt in Ostbrandenburg. Mit viel Aufwand und privater Spende wird eine Brille gegen die starken Kopfschmerzen beschafft. Andere unbegleitete minderjährige Flüchtlinge haben psychische Probleme, aber keine therapeutische Hilfe.



Wahida A., Lehrerin, und Mohamed I., Fahrer, aus Aleppo/Syrien sind mit ihren Söhnen Yazan (5) und Zakira (6) seit Februar 2016 in Potsdam. Ohne die intensive private Unterstützung ehrenamtlicher PatInnen hätten sie keinen Kitaplatz und keine eigene Wohnung und nichts auf dem Infoabend zur Einschulung verstanden.